

„Trotz der gegenwärtigen Interventions-skepsis wird der Ruf nach dem Einsatz militärischer Gewalt immer wieder einmal laut werden ...“

Interview mit Dr. Peter Rudolf, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Kompass: Mit dem Ende der massiven Ost-West-Konfrontation haben sich die außen- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen für Europa und mithin für Deutschland erheblich verändert. Man kann auch sagen, erheblich verbessert. Unmittelbare und existenzbedrohende Gefahren sind verschwunden. Trotzdem: Unser Land unterhält weiterhin Streitkräfte und ist Mitglied im Nordatlantischen Bündnis (NATO). Warum soll Deutschland weiterhin Streitkräfte vorhalten und Frauen und Männer bewegen, freiwillig einen soldatischen Dienst zu leisten?

Dr. Peter Rudolf: Man könnte natürlich den altbekannten Spruch zitieren: „Jedes Land hat eine Armee, die eigene oder eine fremde.“ Aber in der Tat: Deutschland ist in einer einmalig günstigen Sicherheitslage; direkte existenzielle Gefahren für die politische Souveränität und territoriale Integrität gibt es gegenwärtig nicht. Das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes – um die Eidesformel zu zitieren – müssen gegenwärtig nicht verteidigt werden.

Nur dienen Streitkräfte immer auch der Risikovorsorge, sind eine Art Sicherheitspolizei. Niemand vermag vorherzusehen, wie sich die Welt in den nächsten Jahrzehnten entwickelt. Und: Multinational eingebundene Streitkräfte eröffnen Möglichkeiten der politischen Mitsprache. Aber Streitkräfte dienen ja nicht nur der Verteidigung, sondern können auch zur internationalen Friedenssicherung beitragen. Allein eine solche Perspektive kann Einsätze, die über die Selbst- und Bündnisverteidigung hinausgehen, moralisch legitimieren. Wann, wie und wo ein solcher Beitrag zum

Frieden realistischerweise möglich und geboten ist, bedarf einer weit intensiveren Diskussion, als es bisher der Fall ist. Wenn in Deutschland von Auslandseinsätzen gesprochen wird, dann oft etwas nebulös im Zusammenhang mit einer angeblich gewachsenen internationalen Verantwortung für Stabilität.

Verantwortung im Sinne des „Für-etwas-Rede-und-Antwort-Stehens“ ist jedoch zunächst einmal sehr konkret: Verantwortung für diejenigen, die zumindest perspektivisch in die Lage kommen, zu töten oder getötet zu werden. Soldaten müssen – und das ist die moralische Substanz des „Vertrages“, den ein Soldat mit seinem Staat geschlossen hat – die Gewissheit haben, ihre Bereitschaft zu töten und sich töten zu lassen, wird nur eingesetzt für die grundlegenden Interessen ihres politischen Gemeinwesens. Zu diesen Interessen kann auch gehören, einen Völkermord in einem Land – wo auch immer – zu verhindern. Aber über die Art und Reichweite der Interessen, die einen Einsatz militärischer Gewalt legitimieren können, wäre weit mehr zu diskutieren.

Kompass: Nun engagiert sich Deutschland, zusammen mit weiteren Nationen, seit gut 13 Jahren unter den Bedingungen des ISAF-Mandates in Afghanistan. Das Ende des Einsatzes gilt als beschlossen. Folgemissionen zeichnen sich ab, sind aber noch nicht rechtlich verbindlich geerdet: weder mit Kabul noch in der UNO. Reicht das auf Dauer für die Streitkräfte aus, ihre Legitimation in Einsätzen außerhalb der bündnisbezogenen Landesverteidigung zu gewinnen? Werden deutsche Streitkräfte zur Interventionsarmee?

Dr. Peter Rudolf: Zunächst: Deutschland ist ja in ein Bündnis eingebunden, in dem für einige Mitgliedsstaaten Verteidigung, also klassische Sicherheitspolitik im Sinne von Artikel 5 des NATO-Vertrages, von größerer Bedeutung ist als für uns momentan. Doch die NATO ist auch ausgerichtet auf die – wie es in ihrem Jargon heißt – „Krisenreaktionsoperationen“. Diese umfassen das gesamte Spektrum militärischer Einsätze, die nicht unter Artikel 5 fallen. Nach der gängigen Auffassung muss die NATO neben anderen Aufgaben weiterhin auf die expeditionäre Kriegsführung in weltweitem Maßstab ausgelegt sein. Trotz der gegenwärtigen Interventionsskepsis wird der Ruf nach dem Einsatz militärischer Gewalt immer wieder einmal laut werden, wenn andere Instrumente keinen Erfolg versprechen.

Die Entwicklung zu einer Interventionsarmee und die Entsendung von Soldatinnen und Soldaten in Einsätze, die über die Selbst- und Bündnisverteidigung hinausgehen, werfen eine Reihe von Fragen auf, was die politische und moralische Legitimation angeht. Ohne eine intellektuell redliche Bestimmung und Differenzierung der nationalen Interessen besteht die Gefahr, von außen herangetragene Erwartungen, sich an Militäreinsätzen zu beteiligen, mit einem inflationären Sicherheitsverständnis oder einer moralischen Überhöhung zu begründen, um die politische Unterstützung einer interventionsskeptischen Öffentlichkeit zu gewinnen. Jeder größere Einsatz militärischer Gewalt – über die unmittelbare nationale Verteidigung hinaus – bedarf in liberalen Demokratien nicht nur der rechtlichen, sondern auch der moralischen Legitimation. Umso

wichtiger wäre eine breite Debatte, zu welchen Zwecken und unter welchen Bedingungen der Einsatz militärischer Gewalt ethisch gerechtfertigt sein kann.

Kompass: *Mit Blick auf das zu Ende gehende ISAF-Mandat: Was kann daraus für das zukünftige deutsche militärische Engagement an Konsequenzen gezogen werden? Anders gefragt: Können Streitkräfte überhaupt bei einem Aufbau von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Durchsetzung von Menschenrechten in den Ländern einen sinnvollen Beitrag leisten, die davon noch meilenweit entfernt sind und vielleicht auch gar keine westlichen Werte und Normen übernehmen wollen?*

Dr. Peter Rudolf: Langsam kommt die Debatte darüber in Gang, welche Lehren aus der militärischen Intervention in Afghanistan zu ziehen sind. Aus der Sicht mancher in der NATO war ISAF allein schon dadurch ein Erfolg, dass das Bündnis über mehr als ein Jahrzehnt in der Lage war, eine solche Mission durchzuführen und durchzuhalten. Ob das Unternehmen an sich erfolgreich war, ob die Ziele erreicht wurden und die eingesetzte Strategie angemessen war, das scheint aus dieser Sicht keine Rolle zu spielen.

Diese geradezu autistische Betrachtungsweise ist jedoch gefährlich. Denn sie verhindert Lernen; sie möchte die Diskussion über Nutzen und Erfolg, Sinn und Unsinn des ganzen Unterfangens in Afghanistan vermeiden. Zur Erinnerung: Das politische Ziel der gesamten Afghanistan-Intervention nach dem Sturz der Taliban und der Zerstörung von al-Qaida war der Aufbau eines modernen, funktionierenden, weithin als legitim angesehenen afghanischen Staates mit Kontrolle über sein Territorium. Ein repräsentatives politisches System sollte entstehen, liberaldemokratische Normen und afghanische Traditionen sollten sich miteinander verbinden. Im Grunde ging

es um ein ehrgeiziges Projekt der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Transformation des Landes. Dessen Problematik und Konfliktträchtigkeit wurden in der anfänglichen Aufbruchsstimmung nicht nur von den USA, sondern auch von der internationalen Gemeinschaft unterschätzt.

In geradezu sozialtechnokratischer Euphorie schien dieser Modernisierungsprozess nur eine Frage des koordinierten Einsatzes entsprechender Ressourcen zu sein. Die Politik in Afghanistan folgte dem Modell des „liberal peacebuilding“, wies es im Kontext der Interventionen der 1990er Jahre Gestalt gewonnen hatte. Nicht minder ambitioniert war die hochgepriesene *Counterinsurgency*-Strategie (COIN), die immer wieder als Schlüssel zum Erfolg verheißen wurde, nachdem klar wurde, dass man sich einer ausgewachsenen Aufstandsbewegung der aus dem politischen Prozess ausgeschlossenen Taliban gegenüber sah. COIN war in Afghanistan getragen von einem Überoptimismus, der für militärische Organisationen geradezu essenziell ist, aber nie einer realistischen Evaluation ausgesetzt war.

Erst wenn man das Scheitern von *Counterinsurgency* in aller Nüchternheit akzeptiert, ist man offen dafür, produktive Lehren aus Afghanistan zu ziehen. Sicher: Man mag argumentieren, Erfolg oder Scheitern sind nicht die brauchbaren Kategorien, es gehe vielmehr um Fortschritte auf dem Weg zu einer Stabilisierung; mit Beharrlichkeit und Durchhaltevermögen lasse sich, allen Widrigkeiten zum Trotz, der Erfolg vielleicht doch noch erringen. Nicht bestreiten lässt sich jedoch: Die Einsatzfähigkeit und -bereitschaft der afghanischen Armee erfüllen nicht die Erwartungen; von einer guten Regierungsführung bleibt Afghanistan noch weit entfernt; von einem Friedens- und Aussöhnungsprozess ist wenig zu erkennen.

Was also ist im Sinne einer Vermeidung künftiger Fehler zu lernen? Militärische Macht muss auf einen klaren politischen Zweck ausgerichtet sein, der einigermaßen realistisch ist – nicht auf grandiose Visionen. Und der Einsatz muss auf erreichbare militärische Ziele zugeschnitten sein, die dem politischen Zweck entsprechen – und dies wird oft eine politische Lösung des Konflikts sein. Wenn Einsätze wie in Afghanistan im Grunde eine „mission impossible“ sind, kann dann die Zukunft nur in „hit and run“-Einsätzen wie in Libyen liegen – in der Beseitigung einer Regierung, ohne Verantwortung für das folgende Chaos zu übernehmen? Sicher nicht. Afghanistan und Libyen lehren eines: große Zurückhaltung und Selbstbescheidung beim Einsatz militärischer Gewalt. Denn als politisches Instrument ist militärische Gewalt aller Erfahrung nach – das zeigen empirische Untersuchungen zu militärischen Interventionen nach 1945 – nicht sehr effektiv. Territorien lassen sich verteidigen oder erobern, Regime stürzen, aber politische Ziele nur schwer mit militärischer Gewalt erzwingen, besonders dann, wenn der Einsatz sich gegen nicht-staatliche Akteure richtet.

Das Interview führte Josef König.



© KMBA / Doreen Bierdel